
antifeministische Zustände

... sichtbar machen!

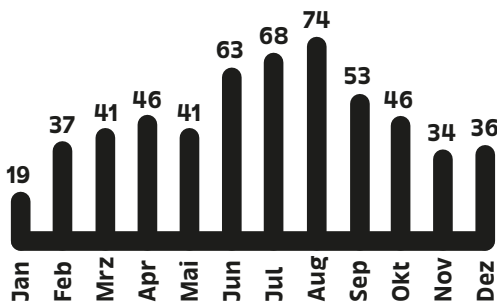
Antifeministische Vorfälle in Deutschland 2024

Kurzbericht zu Zahlen und Analysen der Meldestelle Antifeminismus

antifeministische Vorfälle 2024 in Deutschland

558

antifeministische Vorfälle bundesweit



Insgesamt gingen bei der Meldestelle **671** valide Meldungen ein:

Neben Meldungen zu **Antifeminismus (558)** teilten Betroffene auch Erfahrungen mit **geschlechtsspezifischer Gewalt (70)** und **Sexismus, Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (43)**.

558

70 43

>10

durchschnittlich mehr als 10 antifeministische Vorfälle **pro Woche**

+50%

Steigerung der erfassten antifeministischen Vorfälle um 50 % – gegenüber 2023

Motive von Angriffen

Frauenfeindlichkeit

Queerfeindlichkeit

Sexismus

Rassismus

extrem rechte Ideologien

Gleichstellung

geschlechtsspez. Gewalt

59

Angriffe auf zivilgesellschaftliche Institutionen / Organisationen

77

Fälle von antifeministisch motivierter Sachbeschädigung

72

Fälle antifeministisch motivierter physischer Gewalt und Übergriffe

92

Angriffe auf CSDs, deren Teilnehmer*innen und Organisator*innen

10

(Geplante/umgesetzte) Anschläge: u.a. Brandstiftung, Buttersäure, Waffen

Unterstützung und Fachberatung

- Unterstützung von 73 Betroffenen
- Fachberatung und Fortbildungen für Gleichstellungsbeauftragte, frauenpolitische Verbände und Organisationen, Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Frauen in der Kommunalpolitik

Bedarfe & Anforderungen



Umgang mit antifeministischen Angriffen: Sicherheit, Prävention, Schutzkonzepte



Strategien gegen rassistische, migrationsfeindliche und LSBTQIA+-feindliche Instrumentalisierung



Kollegialer Austausch, gegenseitige Stärkung angesichts zunehmender antifeministischer Angriffe auf Zivilgesellschaft und Gleichberechtigung weltweit

Die bundesweite Meldestelle dokumentiert antifeministische Vorfälle, macht Betroffenenperspektiven und fachliche Analysen sichtbar und setzt sich für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung ein. Die Meldestelle Antifeminismus ist Teil der „Zentralen Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA)“ des Vereins Lola für Demokratie e.V.



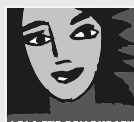
Gefördert vom



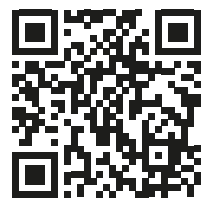
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



antifeministische Zustände
... sichtbar machen!



Hier Erfahrungen teilen

„Antifeminismus ist kein Randproblem. Antifeministische Angriffe reichen von Körperverletzungen über Hasskampagnen zur Delegitimierung und Bedrohung zivilgesellschaftlich Engagierter, sowie über systematische digitale sexualisierte Gewalt bis hin zu Hasskriminalität im öffentlichen Raum und Brandstiftung.“

„Antifeminismus ernst nehmen heißt, die Erfahrungen der Betroffenen ernst zu nehmen. Antifeminismus ist ein Angriff auf die Sicherheit vieler Menschen und die Gesellschaft. Das nicht hinzunehmen bedeutet, Betroffene zu unterstützen und die Zivilgesellschaft im Einsatz für Gleichstellung und Demokratie zu stärken.“

Was ist Antifeminismus?

Antifeminismus richtet sich organisiert, mit einer politischen Botschaft verbunden und häufig anlassbezogen gegen geschlechtliche, sexuelle und familiäre Vielfalt, Sichtbarkeit und Gleichstellung. Er repräsentiert eine Ideologie, die sich nicht nur gegen spezifische feministische Anliegen richtet, sondern auch gegen das Grundprinzip der Geschlechtergerechtigkeit selbst. Dies schließt die Ablehnung von Frauen- und Geschlechterforschung und der Gleichberechtigung von LGBTQIA⁺-Personen mit ein.

Im [Zivilgesellschaftlichen Lagebild Antifeminismus 2023](#) finden Sie ausführliche Informationen und Praxisbeispiele zu Definition, Wirkungsweise und Angriffsdimensionen von Antifeminismus sowie zur Arbeit der Meldestelle. Weiterführende Informationen zur Funktion und Relevanz zivilgesellschaftlicher Meldestellen und betroffenen-zentrierten Unterstützungsarbeit nach antifeministischen Angriffen bietet der Artikel [„Antifeminismus sichtbar machen – Betroffene nicht allein lassen“](#) auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung.

Antifeminismus 2024

Eine massive Bedrohung für Betroffene und Zivilgesellschaft

Insgesamt gingen im Jahr 2024 671 valide Meldungen bei der Meldestelle Antifeminismus ein. Davon konnten 558 Vorfälle als antifeministisch kategorisiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr (372 Vorfälle) ist dies ein deutlicher Anstieg um 50 %. Auch wenn dieser Anstieg keine repräsentative Aussagekraft besitzt, zeigt er doch, dass die Sensibilisierung für Antifeminismus und die Bekanntheit der Meldestelle deutlich gestiegen sind.

Die anderen Meldungen zeigen ein weites Feld an Vorfällen und Schilderungen von Betroffenen aus dem Bereich geschlechtsspezifische Gewalt (70) sowie Vorfälle, die unter der Kategorie Sexismus, Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) (43) zusammengefasst werden.

Als die Meldestelle 2023 ihre Arbeit aufnahm, meldeten Betroffene besonders in diesen Kategorien viele Vorfälle rückwirkend; das Vorfallsdatum der Meldungen lag also teils deutlich in der Vergangenheit. 2024 ist hingegen zu beobachten, dass die meisten Meldungen sich auf aktuelle Vorfälle beziehen, und zwar in allen Kategorien.

Zentrale Ergebnisse

● Antifeminismus bedroht die gleichstellungs- und frauenpolitische Zivilgesellschaft massiv.

Die Analyse der dokumentierten antifeministischen Vorfälle zeigt, dass im Jahr 2024 besonders die Zivilgesellschaft unter Beschuss stand – sowohl in direkten Angriffen auf Organisationen (59) und gegen Veranstaltungen (102) als auch in Feindbild-Markierungen. Die Sicherheit der Betroffenen, ihre Handlungs- und Debattenräume sowie der Einsatz für Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und gesellschaftlichen Zusammenhalt wurden und werden massiv bedroht.

● Der Schutz von Betroffenen im digitalen Raum ist nach wie vor unzureichend. Strategien zum gesellschaftlichen Umgang mit der digitalen Verbreitung frauenfeindlicher Inhalte und der Zunahme antifeministischer Radikalisierung fehlen.

In den Meldungen, die zu fast 30 % auf den digitalen Raum entfallen, zeigte sich auch die Relevanz von antifeministischer Mobilisierung und Radikalisierung im Netz: Besonders Jungen und junge Männer werden gezielt von antifeministischen Akteuren der Manosphere sowie mit frauen- und/oder queerfeindlichen Inhalten adressiert. Diverse Meldungen weisen zudem auf digitale Netzwerke hin, in denen sich explizit über Tipps zur Ausübung sexualisierter Gewalt an Frauen ausgetauscht und entsprechendes Bild- und Videomaterial veröffentlicht wird. Gerade im digitalen Raum fehlt es in Deutschland noch immer an einem angemessenen Schutz vor Gewalt sowie konsequenter Rechtsdurchsetzung und Strategien zum Umgang mit Desinformationen. Dabei wird auch von extrem rechten Akteur*innen der digitale Raum gezielt zur Mobilisierung und Radikalisierung genutzt.

● Queerfeindlichkeit ist zentral für Antifeminismus.

Mehr als jeder zweite erfasste antifeministische Vorfall war queerfeindlich motiviert (306) und in 123 Vorfällen spielte explizite Transfeindlichkeit eine zentrale Rolle. Angriffe auf die Sichtbarkeit, Anerkennung und Gleichstellung aller Geschlechter, sexueller Orientierungen und familiärer Lebensformen zeigen, dass Queer- und Transfeindlichkeit fest in antifeministischer Ideologie verankert sind. Diese Angriffe und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erweisen sich als zentrales Mobilisierungselement antifeministischer und extrem rechter Akteur*innen – mit großer Anschlussfähigkeit und Verbreitung in allen Teilen der Gesellschaft ([siehe Leipziger Autoritarismus-Studie 2024](#)).

● Antifeminismus wirkt weitreichend und überall – Betroffene erfahren Gewalt und Diskriminierung sowie die Einschränkung ihrer Rechte.

Antifeministische Einstellungen und Erzählungen finden weite Verbreitung, teilweise durch gezielte Mobilisierung und Desinformationskampagnen antifeministischer Bewegungen. Deutlich wird dies auch in den vielfältigen Angriffsformen, mit denen Betroffene konfrontiert sind. Die Auswirkungen spüren sie in allen Lebensbereichen.

Antifeminismus führt zu Diskriminierung, konkreter verbaler und physischer Gewalt, aber auch zu Ausschlüssen von Gesundheitsversorgung und gesellschaftlicher Teilhabe. Dabei werden besagte Angriffe und Ausschlüsse mit antifeministischen Einstellungen und Erzählungen begründet, beispielsweise wenn Bildungs- oder Kulturprojekten „Frühsexualisierung“ vorgeworfen wird, ganze Personengruppen basierend auf antifeministischer Desinformation aus ärztlichen Praxen ausgeschlossen werden, oder sich in Sorge- und Umgangsrechtsverfahren, zu Lasten von gewaltbetroffenen Müttern und Kindern, auf frauenfeindliche, antifeministische Erzählungen berufen wird.

Unterstützungsbedarf und Verweisberatung bei mehr als jeder 10. Meldung

Von den insgesamt **671 validen Meldungen** gaben Betroffene bei mehr als jeder 10. Meldung einen Informations- und Unterstützungsbedarf an (135 von 671). **73 Betroffene erhielten Unterstützung** in Form von Beratung zum Umgang mit antifeministischen Angriffen, fachlichen Einordnungen sowie Verweisinformationen zu lokalen fachspezifischen Beratungs- und Vernetzungsangeboten.

Darüber hinaus konnte die Meldestelle regelmäßig durch Fachberatung und Qualifizierungsangebote unterstützen: **Bundesweit tätige Strukturen und Verbände aus den Bereichen Gewaltschutz, queere Bildung, Gleichstellungsarbeit, Frauen in der Kommunalpolitik sowie Aktive aus zahlreichen anderen Praxisfeldern beschäftigte besonders die Frage nach Umgangsstrategien und Schutzkonzepten.**

Wer sind die Betroffenen, die sich 2024 an die Meldestelle wandten?

- Gleichstellungsbeauftragte
- (feministische) Aktivist*innen
- Mitarbeitende von Beratungsstellen
- Verbände, NGOs, zivilgesellschaftliche Initiativen
- Expert*innen, Fachpersonen aus den Bereichen Gleichstellung, Antidiskriminierung, Geschlechterforschung, Bildung zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt
- Schüler*innen, Student*innen
- sensibilisierte Einzelpersonen

Betroffenen-Bedarfe, Praxisfelder von Fachberatung und Schutzkonzepten

Zentrale Bedarfe und Themen der Betroffenen- und Fachberatungen waren:

- **niedrigschwellige Informationen und Argumentationsgrundlagen**, häufig um antifeministischen Aussagen im direkten Umfeld besser begegnen und Betroffene stärken zu können.
- **Wissen zu und Unterstützung im Umgang mit organisierten digitalen Angriffen** sowie zum Umgang mit antifeministischen Inhalten im digitalen Raum, u.a. zum Entfernen und Melden strafrechtlich relevanter Inhalte auf Plattformen.
- Für Gleichstellungsbeauftragte, Frauenberatungsstellen, Fachkräfte aus der queeren Bildungsarbeit, Initiativen und Personen der LSBTIQA+-Communities, politisch Aktive oder zivilgesellschaftliche Verbände und Organisationen waren organisierte antifeministische Angriffe häufig mit Fragen nach **Gefährdungseinschätzungen, Sicherheitsmaßnahmen und Schutzkonzepten** verbunden: u.a. in Bezug auf **Veranstaltungssicherheit, Absicherung von Räumlichkeiten** bei wiederkehrender Sachbeschädigung/Gewaltandrohung oder zur sicheren (beruflichen) Nutzung von Social Media sowie präventiven digitalen Strategien. Auch der **Umgang mit psychischen Belastungen, durch Diffamierungskampagnen und Bedrohungen im digitalen und analogen Raum** sowie durch **physische Angriffe auf (Büro-)Räume**, beschäftigte die Betroffenen nachhaltig.

Anzeigen/Meldungen bei der Polizei

In 1 von 5 gemeldeten Vorfällen wurde angegeben, dass eine Anzeige bei der Polizei erfolgt war. Besonders hoch waren die Anzeigeraten im Kontext der Angriffe gegen CSD-Demonstrationen und -Paraden: Hier wurde bei fast 60 % der Meldungen (53 von 92) angegeben, dass die Polizei informiert sei. Dies liegt vermutlich daran, dass ein Großteil der gemeldeten Vorfälle extrem rechte Angriffe auf den gesamten CSD und/oder einzelne Teilnehmer*innen waren – mit einer entsprechend hohen Zahl an Zeug*innen und/oder Polizeibeamt*innen vor Ort.

Antifeministische Vorfälle 2024 im Detail

Die folgenden Analysen und Darstellungen beziehen sich auf die 558 Meldungen, welche als „antifeministischer Vorfall“ eingeordnet wurden.

Wie wird entschieden, ob Vorfälle antifeministisch sind?

Um als antifeministischer Vorfall eingeordnet zu werden, müssen die gemeldeten Fälle zumindest teilweise folgende Kriterien erfüllen:

- Gibt es ein anti-emanzipatorisches Motiv bzw. einen Bezug zu aktuellen Narrativen/Diskursen um Geschlechtergerechtigkeit, einen Bezug auf antifeministische Ideologie, Verschwörungserzählungen o.ä.?
- Ist der Vorfall ereignisbezogen?
- Ist er mit einer politischen Botschaft verbunden?
- Ist ein organisiertes Vorgehen zu erkennen?
- Wird die betroffene Person oder Sache (bei Sachbeschädigung) aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit als Frau, queere Person oder wegen eines Engagements für Gleichberechtigung, Gewaltschutz usw. angegriffen?

Wo finden die antifeministischen Vorfälle statt?

Fast 30 % der erfassten antifeministischen Vorfälle fanden online statt (159 von 558). Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Meldestelle als digitales Angebot hierfür besonders zugänglich ist. Andererseits dürfte sich darin aber auch die Relevanz digitaler Gewalt und digitaler Angriffsformen widerspiegeln und die Rolle digitaler Medien in der Verbreitung und Verstärkung antifeministischer Inhalte und Mobilisierungen verdeutlichen. Die 399 antifeministischen Vorfälle, die nicht im digitalen Raum stattfanden, entfielen auf das gesamte Bundesgebiet.

Angriffsziele und Angriffsformen der antifeministischen Vorfälle

- Bundesweit dokumentierte die Meldestelle im Jahr 2024 **92 Angriffe auf CSDs, deren Teilnehmer*innen und Organisator*innen** und **10 weitere Angriffe auf feministische Veranstaltungen**.
- Von Angriffen auf Politiker*innen und Einzelpersonen waren **fast immer Frauen und/oder trans*, inter* und nicht-binäre Personen** betroffen.
- Im Jahr 2024 wurden **vermehrt privatwirtschaftliche Unternehmen**, beispielsweise Bars, zur Zielscheibe antifeministischer Vorfälle – u.a. in Form von Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und gewalttätigen Angriffen auf Mitarbeitende (queer-)feministischer Cafés.
- Auffallend ist auch die Anzahl von Meldungen **zu Angriffen auf queere Symboliken und queeres Leben als Ganzes**. Wie bereits im Jahr zuvor, wurden 2024 zahlreiche Regenbogenflaggen, darunter viele, die offiziell von Gemeinden und Institutionen aufgehängt worden waren, entwendet, zerstört, verbrannt, angezündet und sogar durch Hakenkreuzflaggen ersetzt. Auch Einzelpersonen, die queere Symboliken auf ihrer Kleidung oder ihren Taschen trugen, waren häufig verbalen und physischen Angriffen im öffentlichen Raum ausgesetzt.

Im Folgenden wird genauer dargestellt, gegen wen sich die 558 erfassten Vorfälle richteten und in welchen Formen sie stattfanden.

Angriffsziel*	Anzahl (N=558)	Anteil in %
Einzelpersonen	103	18,46%
Zivilgesellschaftliche Institutionen/Organisationen (z.B. Vereine, Beratungsstellen, Frauenschutzeinrichtungen, Jugendzentren)	59	10,57%
(Queer-/Feministische Veranstaltungen	102	18,28%
Politiker*innen	21	3,76%
Gesellschaftliche Gruppen als Ganzes (GMF)	129	23,12%
Staatliche Institutionen	8	1,43%
Unternehmen/Privatwirtschaftlicher Kontext	16	2,87%
Bildungsinstitutionen	10	1,79%
Markierung virulenter Themen/Diskurse (z.B. gezielte strategische Instrumentalisierung von Themen, i.d.R. auch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bzw. marginalisierte Gruppen betreffend)	110	19,71%

* Für die Darstellung erfolgt in Bezug auf das Angriffsziel eine vorrangige Zuordnung, obgleich für einzelne Fälle auch mehrere Beschreibungen zutreffen können.

Angriffsformen/Kontext*	Anzahl
Antifeministische Raumnahme und Propaganda im öffentlichen Raum	102
Verbale Übergriffe/Drohungen (primär im öffentlichen Raum, aber auch im sozialen Umfeld)	96
Sachbeschädigung	77
Physische Gewalt und Übergriffe	72
Kontext Politik: Angriffe auf Gleichstellungsstellen und Instrumente zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch verwaltungsrechtliche Maßnahmen, Mobilisierung in politischen Gremien und im politischen Diskurs	70
Antifeministische Demonstrationen und Veranstaltungen	64
Kontext Medien: Feindbildmarkierungen und antifeministische Mobilisierung	64
Politische Mobilisierung und Feindbildmarkierung (v.a. aus dem extrem rechten oder religiös-fundamentalistischen Spektrum)	63
Angriffe/Bedrohung via E-Mail, Brief, Anruf oder Hassnachricht in Social Media	57
Social Media Post und Kommentare	54
Institutionelle Barrieren, Benachteiligung, Diskriminierung	15
(Geplante/umgesetzte) Antifeministische Anschläge (u.a. Brandstiftung, Buttersäure-Anschläge, Angriffe mit Waffen)	10
Angriffe auf technische Infrastruktur	4
Verweigerung von medizinischer Versorgung, Gewalt im medizinischen Kontext	4
Organisiertes Verbreiten von Inhalten, die sexualisierte Gewalt propagieren/legitimieren, und von Bildmaterial von Straftaten im Bereich sexualisierter Gewalt (Meldungen über dutzende Gruppen und Foren mit teils über 150.000 Nutzer*innen)	3
Doxxing	3
Organisiertes Vorgehen gegen gewaltbetroffene Mütter/Antifeminismus im Kontext von Sorge- und Umgangsrechtsverfahren	3
Legitimation und Ausübung geschlechtsspezifischer Gewalt durch vermeintliche, lokalspezifische Brauchtümer in Deutschland	2

* Eine Meldung, die als antifeministischer Vorfall erfasst wird, beschreibt in vielen Fällen zeitliche Verläufe und Dynamiken, die mit mehreren Angriffen und verschiedenen Angriffsformen einhergehen – Mehrfachzuordnungen sind daher möglich.

Antifeministische Botschaften, Themensetzungen und Zusammenhänge mit Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

- Die Themen Gleichstellung, Frauenrechte und das Feindbild Feminismus werden von Betroffenen häufig als Ausgangspunkt von antifeministischen Angriffen ausgemacht. Auch Frauenfeindlichkeit, Sexismus und die Propagierung, Legitimierung von Gewalt gegen Frauen bis hin zum Aufruf zu organisierter sexualisierter Gewalt spielen im digitalen Raum eine große Rolle. So gibt es zahlreiche Meldungen zu Online-Beiträgen und teils sogar ganzen Webseiten und Gruppen, die zu (sexualisierter, körperlicher, psychischer) Gewalt gegen Frauen aufrufen oder Bildmaterial von sexualisierter Gewalt, Vergewaltigungen, Femiziden sowie weitere gewaltverherrlichende Inhalte verbreiten.
- Anlass bzw. Motiv von Angriffen und/oder die übermittelten Botschaften und verhandelten Themen waren im Jahr 2024 vor allem Queerfeindlichkeit (306 von 558), Misogynie (102 von 558) und geschlechtsspezifische Gewalt (84 von 558).
- Angriffe, die sich gezielt gegen trans*geschlechtliche Personen richteten, waren in mehr als jedem 5. Vorfall enthalten, besonders viele dieser Vorfälle richteten sich gezielt gegen trans* Frauen.
- In mehr als jedem 10. Fall wurden Kinderschutzthemen instrumentalisiert, um antifeministische Ideologie zu verbreiten – beispielsweise wenn Homosexualität oder Transgeschlechtlichkeit mit der Ausübung sexualisierter Gewalt an Kindern verknüpft oder gleichgesetzt wird. Häufig wird hierfür der extrem rechte Kampfbegriff der „Frühsexualisierung“ genutzt, welcher schon im Nationalsozialismus genutzt wurde.
- Bei mehr als 4 von 10 Vorfällen gingen antifeministische Angriffe von Akteur*innen aus dem extrem rechten Spektrum aus oder verwiesen auf extrem rechte Ideologien (231 von 558). Die wissenschaftliche Forschung zeigt regelmäßig, dass ein antifeministisches Weltbild häufig mit rechtsextremen, autoritären Einstellungen einhergeht. Auch der Zusammenhang mit religiös-fundamentalistischen Weltbildern wird in den dokumentierten Vorfällen (34 von 558) deutlich. Der Großteil verwies auf christlich-fundamentalistische Kontexte und äußerte sich in Angriffen und Mobilisierungen gegen die körperliche und reproduktive Selbstbestimmung, beispielsweise in Bezug auf Schwangerschaftsabbrüche.
- Ungleichheitslogiken wie Rassismus, Antisemitismus, Sexarbeitsfeindlichkeit und Ableismus/Behindertenfeindlichkeit traten häufig gemeinsam mit Antifeminismus auf.

Die folgende Tabelle gibt eine detaillierte Übersicht der übermittelten Botschaften, verhandelten Themen im Kontext Geschlechtergerechtigkeit und/oder deutlich werdenden menschenfeindlichen, diskriminierenden Vorstellungen und antifeministischen Einstellungen.

Angriffsmotive/-themen*	Anzahl	Relevant in x % der 558 Fälle
Queerfeindlichkeit	306	54,84%
Extrem rechte Ideologie	231	41,40%
Transfeindlichkeit	123	22,04%
Misogynie	102	18,28%
Geschlechtsspezifische Gewalt	84	15,05%
Instrumentalisierung von Kinderschutzthemen	64	11,47%
Rassismus	62	11,11%
Geschlechtliche Vielfalt	57	10,22%
Sexismus	57	10,22%
Feminismus als Feindbild, explizite Abwertung von Feminist*innen	46	8,24%
Geschlechtergerechte Sprache	44	7,89%
Verschwörungserzählungen	36	6,45%

Angriffsmotive/-themen*	Anzahl	Relevant in x % der 558 Fälle
Religiös begründeter Fundamentalismus	34	6,09%
Sexistische Geschlechterrollen, „Dating Coaching“, „Pick-Up-Strategien“	32	5,73%
Körperliche Selbstbestimmung (Gehsteigbelästigung, Angriffe auf Ärzt*innen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen)	24	4,30%
Antisemitismus	17	3,05%
Ableismus und Behindertenfeindlichkeit	16	2,87%
Gleichstellung	16	2,87%
Maskulismus/Männerrechte	16	2,87%
Wissenschaft/Gender Studies	11	1,97%
Sexarbeitsfeindlichkeit	10	1,79%
NS-Relativierung	8	1,43%
Incel-Ideologie	6	1,08%
Organisierte Väterrechtler, Umgangs-/Sorgerecht	4	0,72%

* Antifeministische Vorfälle beinhalten in den meisten Fällen diverse menschenfeindliche, diskriminierende Botschaften und greifen unterschiedliche anti-emanzipatorische Erzählungen auf – Mehrfachzuordnungen sind daher möglich.

Auswirkungen antifeministischer Angriffe

- Antifeministische Angriffe **verdrängen Betroffene, ihre Stimmen und Perspektiven aus Räumen und gesellschaftlichen Debatten**. Sie führen bei vielen Betroffenen zu Rückzug und Selbstbeschränkung in Alltag, Engagement und Sichtbarkeit.
- Die Auswirkungen antifeministischer Angriffe, die mit ihnen einhergehenden **Einschüchterungen und Bedrohungsszenarien** sind intendiert und für Betroffene häufig mit **Kosten und Belastungen** verbunden – beispielsweise finanziell, zeitlich, physisch/psychisch oder durch die Einschränkung verfügbarer Arbeitsressourcen, Angebotsstrukturen sowie durch Entsolidarisierungen/fehlende Unterstützung im Umfeld.
- Der **Handlungsspielraum** zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der Einsatz für feministische Anliegen wird **eingeschränkt, bedroht, delegitimiert – Ressourcen und Rückhalt** in Politik und Gesellschaft in Frage gestellt oder entzogen.
- Antifeministische Angriffe haben immer eine **politische Dimension**. Die Vorfälle in 2024 zeigen i.d.R. einen konkreten Bezug zu aktuellen antifeministischen Narrativen und gesellschaftlichen Debatten. Die Verbreitung antifeministischer Einstellungen in der Gesellschaft und die Mobilisierung antifeministischer Akteur*innen sowie Desinformationen und die Markierung als Feindbild stellen für viele Betroffene eine konkrete, teilweise **täglich präsente Gefährdung** dar. Das individuelle Sicherheitsgefühl hat sich für viele und insbesondere für mehrfachmarginalisierte Betroffene deutlich verschlechtert. Gleichzeitig stellen antifeministische Angriffe im Zusammenhang mit dem Erstarken autoritärer Kräfte und rechtsextremer Bewegungen eine konkrete Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und demokratischer Grundwerte dar.

Die Auswertung der Vorfälle 2024 und die im kollegialen Austausch geteilten Perspektiven machen die außerordentliche **Relevanz von betroffenen-zentrierten Ansätzen im Umgang mit Antifeminismus und für gegenseitige zivilgesellschaftliche Solidarisierung und Stärkung** deutlich.

Der Einsatz für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung braucht – auch oder besonders in diesen Zeiten – Raum für **stärkende Selbstverständigung, positive Gegenentwürfe und Visionen** dazu, wie eine (geschlechter-)gerechtere Welt aussehen kann/sollte.

Kontakt

Meldestelle Antifeminismus

team@antifeminismus-melden.de

www.antifeminismus-melden.de

ZAFFA – Zentrale Anlaufstelle bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus / Lola für Demokratie e.V.

info@lola-fuer-demokratie.de

www.lola-fuer-demokratie.de/beratung

Impressum

Herausgeber*in: Lola für Demokratie e.V.

Vertreten durch: Vorständin Heike Radvan

Barther Straße 1

18437 Stralsund

info@lola-fuer-demokratie.de

Autor*innen: Palo Quirion, Ans Hartmann

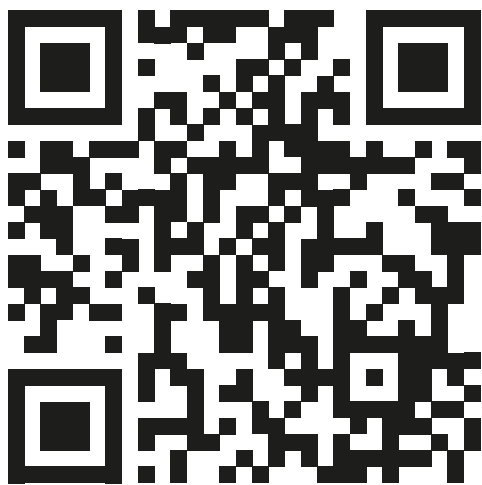
Redaktion: Meldestelle Antifeminismus,

Lola für Demokratie e.V.

Veröffentlichung: August 2025

Das Projekt ZAFFA in Trägerschaft von Lola für Demokratie e.V. wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!".

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



<https://antifeminismus-melden.de>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

ZAFFA auf einen Blick

Die Meldestelle Antifeminismus hat sich zum Januar 2025 dem Träger Lola für Demokratie e.V. angeschlossen.

Lola für Demokratie e.V. arbeitet für demokratische Kultur, Geschlechtergerechtigkeit sowie eine geschlechtersensible Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antifeminismus – unter anderem mit einem besonderen Fokus auf den ländlichen Raum.

Lola für Demokratie e.V. hat sich dabei zur Aufgabe gemacht, eine "Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA)" aufzubauen.

Das Angebot von ZAFFA

- Fachberatung, Unterstützung, Verweisberatung
- Praxisqualifizierung zum Umgang mit antifeministischen Angriffen und deren Prävention
- Fachberatung zu Sicherheit und Schutzkonzepten
- praxisbezogene Fortbildungen zur Stärkung im Umgang mit Antifeminismus
- kollegiale Sprechstunden
- bedarfsgerechte Verweisung an Anlaufstellen, Gewaltschutz- und Opferberatungsstrukturen
- betroffenenzentrierte Praxisforschung und Monitoring
- Fachaustausch, Vernetzung, Sensibilisierung

Wer kann sich an ZAFFA und die Meldestelle wenden?

- zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Unterstützungsstrukturen
- Betroffene von antifeministischen Angriffen und Bedrohungen
- Organisationen, staatliche Institutionen

Fachberatung und Qualifizierungsangebote richten sich vor allem an:

- Zivilgesellschaft und Regelstrukturen, z.B. Frauenberatungsstellen, gleichstellungspolitische Strukturen und Engagierte, Gewaltschutzeinrichtungen, Multiplikator*innen z.B. aus dem Bereich Bildung, LGBTIQ+ Selbstvertretung u.v.m.

Erfahrungen mit antifeministischen Angriffen können jederzeit über das Formular auf www.antifeminismus-melden.de übermittelt werden.

Die Dokumentation und Analyse der Daten erfolgt anonymisiert, nach datenschutztechnischen Standards und unter wissenschaftlichen Kriterien.

